

# Volkstimme

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die "Volkstimme" erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli. Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannier & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 8. — Fernpreis-Anschlisse. Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 861. — Postleitzahl 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Von 1. bis 15. Mai 1.00 Mark. Abholer 0.90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gepaßte, 27 Millimeter breite Röntgenplatte östlich 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig. Familienanzeigen und Stellenanzeige 12 Pfennig. Vereinskalender 20 Pfennig, die dreieckige 90 Millimeter breite Reformplatte östlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmarke = ein Dollar geteilt durch 4.20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Glasoptikisten keine Gewähr. — Postleitzahl Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 112.

Magdeburg, Mittwoch den 14. Mai 1924.

35. Jahrgang.

## Frankreich wählt links.

Poincaré geschlagen.

Das französische Volk hat entschieden. Der nationale Block liegt geschlagen am Boden. Die Demokratie, repräsentiert durch das "Cartell de Gauche", das Kartell der Linken, zu dem die Sozialisten und die Parteien der entschiedenen bürgerlichen Linken sich in gemeinsamer Abwehr zusammengefunden hatten, triumphiert auf der ganzen Linie. Noch stehen aus einigen Wahlkreisen die endgültigen Resultate aus, aber schon ist sicher, daß die Linke in der neuen Kammer über eine solide Mehrheit verfügen wird. Von den 574 Ergebnissen, die zur Stunde bekannt sind, fallen den Parteien des nationalen Blocks 240, dem Kartell der Linken und den beiden nächsten Gruppen 301 Mandate zu. Zählt man die Kommunisten auch zur Linken, trotzdem man sich auf reaktionäre Attacken von dieser Seite aus gefaßt machen muß, so schwält die Zahl der Linken auf 330 Mandate an. Zu dem Hurra-Parlament des Jahres 1919 dagegen hatte der nationale Block 386, die Linke nur 162 Sitze.

Dieser Sieg der Linken überragt die höchsten Erwartungen, die man im sozialistischen und demokratischen Lager gehabt hatte. Man hatte im günstigsten Fall auf einen Zusammenspiel von 60 bis 70 Mandaten gerechnet.

Das souveräne Volk Frankreichs hat die Demokratie, die der nationale Block 4 Jahre lang in Fesseln geschlagen hatte, am Sonntag erneut zur Herrschaft erhoben. Die

Reaktion hat eine Niederlage erlitten.

Ein großer Teil ihrer Führer, die Hauptstreiter des Militarismus und Nationalismus, haben die Wendung mit dem Verlust des eignen Mandats bezahlt müssen. General Caillaux und der ehemalige Kriegsminister André Léger, die seit Jahren mit dem Schreckgespenst der deutschen Revanche den kriegerischen Geist wachhielten und aufzuleiteten verstanden, Cardenau und Mandel, die beiden Gehilfen Clemenceaus, La Fontaine, Maunoury und Bidal, die ehemaligen Mitarbeiter Poincarés, Daudet, der Präsident der Royalisten, und Arago, der Führer des nationalen Blocks — sie alle sind nicht wieder eingewählt worden. Die Linke dagegen hat außer dem greisen Ferdinand Buisson, dem Präsidenten der Liga für Menschenrechte, keine Verluste zu beklagen. Zahlreiche ihrer Kämpfer, die 1919 geschlagen worden waren, sind diesmal mit großer Mehrheit gewählt worden, darunter Renaudel, Dalbiez, Faure, der Generalsekretär des "Populaire", Malvy, der vom Staatsgerichtshof wegen Hochverrats 5 Jahre in Verbannung geschickt worden war, und zahlreiche andre.

Mit dem nationalen Block hat Frankreich am Sonntag der Politik Poincarés

der Politik der Reaktion und des sozialen Unfriedens, der Bedrückung der kleinen und der Privilegierung der wirtschaftlichen Oberschicht im Innern, der brutalen Gewalt des eroberungssüchtigen Imperialismus und des anmaßenden Militarismus nach außen einverniichtetes Urteil geprägt. Seit Jahr und Tag hat Poincaré, hat die offizielle und offiziöse Presse Frankreichs diese Politik rechtfertigen zu dürfen gewagt mit der Behauptung, daß die überwältigende Mehrheit des Landes hinter ihnen stehe. Sie hat das mit solcher Sicherheit und Kühnheit getan, daß selbst das Ausland es zu glauben und das französische Volk in seiner Gesamtheit mit ihr zu identifizieren begonnen hatte. In Deutschland vor allem stieg man mit der gegenteiligen Behauptung immer wieder auf skeptische Zweifel.

Das französische Volk hat am Sonntag die Antwort darauf gegeben. Es hat gezeigt, daß es in seiner Mehrheit genau wie das deutsche Volk

Frieden und Verständigung will,

dass es die Methoden der Unterdrückung und der kriegerischen Abenteuer aufs entschiedenste ablehnt. Die Sieger des Sonntags sind mit dem nationalen Block Poincaré und Millerand. Denn beide haben sich, was nach der Verfassung namentlich dem Präsidenten der Republik nicht gestattet ist, aktiv mit am Wahlkampf beteiligt. Sie beide haben wieder versichert, daß sie, wenn am 11. Mai das Volk sich gegen sie oder ihre Politik entscheiden sollte, nicht zögern würden, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Das Volk hat gegen sie entschieden und es erwartet, daß sie ihr Wort einlösen und einer Politik internationaler Verständigung, für die das Land sich am Sonntag entschieden ausgebrochen hat, nicht länger den Weg verwerfen.

Für die sozialdemokratische Partei Frankreichs hat der Sonntag

einen doppelten Erfolg

gebracht. Sie hat die Zahl ihrer Mandate mehr als verdoppelt. Sie zieht mit mindestens 101 Mitgliedern in die neue Kammer ein. Sie ist damit zu einem ausschlaggebenden Faktor im politischen und parlamentarischen Leben des Landes geworden. Ihr Erfolg wäre noch beträchtlich größer gewesen, wenn nicht zahlreiche Dissidenten in Doktrinärer Rechtshaberei oder in schlecht verhüllter Mandatsjägerei der eigenen Partei durch Aufstellung von Sonderlisten in den Rücken gefallen wären. Die Masse der französischen Arbeiterschaft hat die Taktik der Führer, die sich nach reißlicher gewissenhafter Prüfung für ein Zusammensehen mit der bürgerlichen Demokratie entschlossen hatten, rücksichtslos gebilligt und dem damit verfolgten Zielen,

das Zeug der Reaktion abzuschütteln,

zum Siege verholfen.

Die Kommunisten, denen in den Pariser Vororten ein Zeilerfolg beschieden ist, haben bis 29 Mandate gegen 13 in der alten Kammer erhalten. Dieser Gewinn von 16 Mandaten steht in geradezu läufigem Widerspruch zu der Großspree ihrer Führer und ihrer Parteidorgane. Noch bis zuletzt hatten die Kommunisten zu behaupten gewagt, daß das Gros der werktätigen Bevölkerung Frankreichs in ihrem Lager stehe, hatten sie die Rührung besessen, von den sozialistischen Führern als einem armeligen Häuflein Abtrünniger zu sprechen. Die Arbeiterschaft hat ihnen am Sonntag darauf die Antwort gegeben. Sie hat gezeigt, daß sie von der Herrschaft und den Methoden Moskaus ebenso wenig wissen will wie von denen des nationalen Blocks.

Die französische Kammer tritt am 4. Juni zusammen.

Der nationale Block ist abgetan.

Welche Mehrheit wird an seine Stelle treten? Zwei Kombinationen sind möglich: der Block von den republikanischen Sozialisten bis zu dem linken Flügel der Nationalrepublikaner und ein Block der Linken, die den Wahlkampf gemeinsam geführt und gewonnen haben. Ein Block der bürgerlichen Parteien würde die französische Politik sehr bald von neuem wieder in das Fahrwasser einer wenn auch gemäßigten reaktionären Strömung gleiten lassen. Er würde den Sinn und die Bedeutung des Wahlergebnisses vom Sonntag in sein Gegenteil verdrehen.

Alliu der Block der Linken,

der Frankreich den Frieden im Innern und nach außen sichert, wird dem Willen der Wählerschaft, der am Sonntag in dem überwältigenden Zug der Demokratie seinen Ausdruck gefunden hat, gerecht werden können. Er zwinge die sozialdemokratische Partei Frankreichs, sich darüber zu entscheiden, ob sie durch Übernahme der Verantwortung an der Gestaltung der französischen und europäischen Politik aktiv mitwirken oder ob sie in der Opposition die Möglichkeit zur Verwirklichung des sozialistischen und demokratischen Programms ungenutzt lassen will.

### Die Verteilung der Mandate.

Nach einer amtlichen Statistik des Ministeriums des Innern, die am Montag um 6 Uhr nachmittags herausgegeben wurde, verteilen sich die bis dahin bekanntgewordenen Ergebnisse auf die einzelnen Parteien wie folgt:

Konservative 11 (in der letzten Kammer 26).

Arago-Gruppe (Rechtsnationalisten) 137 (vorher 202).

Linksrepublikaner (Partei Poincaré) 92 (vorher 155).

Rechtsradikale 34 (vorher 50).

Radikale (Bürgerliche Demokraten) 127 (vorher 79).

Republikanische Sozialisten (verärgerte, dissentierende Sozialisten) 39 (vorher 47).

Sozialdemokraten 101 (vorher 50).

Kommunisten 29 (vorher 13).

Stichwahlen finden vier statt. Außerdem stehen noch zehn Ergebnisse aus. Im Département Nord, dem Zentrum der französischen Industrie, wo die Kommunisten mit einem ausdrucksgebenden Sieg gerechnet hatten, haben die Sozialisten 19, der nationale Block 5, die Linkrepublikaner 5, die Kommunisten nur 3 Sitze erhalten. Leider befindet sich unter den Nichtgewählten der abgesetzte Jules, gegen den von den Rechten wegen seiner Entthülungen über die Milliardeneinbrechlese in den gerüttelten Gebieten mit allen unerlaubten Mitteln gearbeitet worden ist.

### Ministerrat der Besiegten.

Im Elsass findet am Dienstag vormittag unter dem Vorsitz Millerands ein Ministerrat statt, der sich mit der durch den Ausschluß der Wahl geschaffenen Situation beschäftigen wird. Es wird vielschach für wahrscheinlich gehalten, daß Poincaré schon am Dienstag die Konsequenzen aus seiner Niederlage ziehen und die Demission des Gesamt-kabinetts überreichen wird. Das ist aber noch nicht sicher, da die neue Kammer erst am 4. Juni zusammentritt und bis dahin die Legislaturperiode der französischen Kammer weiterläuft.

### England lehnt Poincaré schon ab.

Wie das offizielle englische Depeschenbüro Reuter erfahren, wird wegen der Wahlniederlage Poincarés die Zusammenkunft mit MacDonald, die für den 20. Mai vorgesehen war, wahrscheinlich aufgegeben werden.

Reuter fügt der Meldung hinzu: Es ist fast sicher, daß eine Zusammenkunft des britischen und des französischen Premierministers binnen kurzer Zeit stattfinden wird, aber wenn eine neue französische Regierung ihr Amt antritt, so muß die Zusammenkunft notwendigerweise verschoben werden, um den neuen französischen Premierminister Zeit zu geben, sich zu unterrichten.

Für England ist Poincaré also schon abgegan, obwohl die alte nationalistische Kammer noch bis zum 1. Juni Sitzung hat und Poincaré möglicherweise bis dahin die Geschäfte weiterführt. Als politischer Vertrauensmann des Landes ist der Geschlagene aber schon erledigt.

### Herriot als Nachfolger Poincarés.

Wie Wolff uns meldet, will das "Echo de Paris" von einer offiziellen Persönlichkeit erfahren haben, man könne sicher sein, daß Poincaré und seine Mitarbeiter die Ansicht vertreten, daß das gegenwärtige Kabinett eine Demission nehmen müsse. Allerdings müsse man in Betracht ziehen, daß die gegenwärtige Kammer bis zum 1. Juni legal am Ruder sei. Das jetzige Ministerium werde also bis zu diesem Zeitpunkt die Führung der laufenden Geschäfte behalten.

Auf die Frage, wer der Nachfolger Poincarés werden könnte, habe die offizielle Persönlichkeit geantwortet, es gebe kein Schwanken, daß es der Abgeordnete Herriot sein müsse.

Herriot ist Bürgermeister von Lyon. Er hat in der letzten Kammer als Sprecher der Demokraten oft gegen Poincaré gestanden.

### Der Eindruck in England.

Poincarés überraschende Wahlniederlage steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses von ganz England.

"Times" hält es für unvermeidlich, daß Poincaré einem andern Premierminister Platz mache. Es sei bereits klar, daß die neue französische Kammer stark von der Kammer abweichen werde, die 1919 unmittelbar nach dem Kriege gewählt worden sei. Das Blatt erkennt an, daß die Mehrheit der Gegner Poincarés nicht groß sei, auch könne der Block der Linken keineswegs als homogen gelten. Jede Regierung, die in der neuen Kammer gebildet werde, sei dauernden Gefahren ausgesetzt.

Für Europa könnte eine Änderung in der französischen Politik wichtige Folgen haben. Es sei aber noch zu früh, um die verschiedenen Wirkungen zu bestimmen. Es werde angenommen, daß ein großes oder plötzliches Weichen von der durch Poincaré beflogten Linie stattfinden werde. Fast alle Parteien hätten stillschweigend oder offen die Ruhrpolitik gebilligt.

Der Sachverständigenbericht habe ein Aktionsprogramm für die hauptsächlich europäischen Mächte aufgelegt. Sowohl die britische Regierung in Betracht komme, sei sie sicher bereit, so bald wie möglich in enge und freundliche Führung mit jeder Regierung zu treten, die in Frankreich gebildet werde, um endlich fest Grundlagen für den europäischen Frieden zu schaffen.

Die Amnestie der Deutschen wird beantragt

Eine Anzahl neu gewählter linksstehender Abgeordneten haben ihre Wünsche angekündigt, sofort nach Zusammentritt der neuen Kammer einen umfassenden Amnestie- und Lag-zug zu Gunsten der von den Kriegsgerichten und den wegen politischer Vergehen verurteilten eingezogenen.

Gleichzeitig werde die Biedereinstellung sämtlicher wegen Streik oder ihrer politischen Meinung entlassener Eisenbahner oder sonstigen Beamten in die Wege geleitet werden.

### Die Folgen für Deutschland.

Für Deutschland ergibt sich aus den französischen Wahlen, insbesondere für die Beurteilung des Problems der Bildung der Reichsregierung eine ganz neue Situation. Es wäre freilich gänzlich ver-



Kommt die angestreute Fraktionsbildung zustande, so würden sich die großen Fraktionen nach ihrer Stärke in folgender Reihenfolge gruppieren: Block der Mitte 137, Deutschnationale 105, Sozialdemokraten 100, Kommunisten 62, Volksliste 32. Diese Gruppierung wird dann auch bei der Zusammensetzung des Reichstagsbüros eine Rolle spielen.

Die Deutschnationalen ziehen gegen diese Kombination der Mitte schon mit dem stärksten Rüstzeug zu Felde. Dadurch würde ihnen vielleicht der Eintritt in die Reichsregierung verriegelt und vor allem das preußische Inneministerium vertoren gehen. Die Sozialdemokratie kann warten, ob der Plan der Mitte in die Tat überetzt wird. Sie wird erst dann dazu Stellung nehmen. —

## Reichstag am 27. Mai.

Die Einberufung des Reichstags wird, wie nunmehr angenommen werden kann, für Dienstag den 27. Mai erfolgen. Die Vorsätze der alten Reichstagsfraktionen treffen bereits die Vorbereitungen für die ersten Fraktionssitzungen. Der zur Überwachung der Durchführung des Personalabbaus bestehende Ausschuss wird noch einmal einige Tage vor Beginn des Plenums eine Sitzung abhalten.

Als Alterspräsident, dem in einer Wahlperiode die Eröffnung des Reichstags obliegt, dürfte der Genosse Voß (Gotha) in Frage kommen. Er ist am 28. April 1846 geboren, steht also im 79. Lebensjahr. Im Lebensalter folgen ihm sodann die Abgeordneten Spahn (Zentrum) und Zubeil (Sozialdemokrat).

Die erste Sitzung des Reichstags nach seiner Neuwahl vollzieht sich geschäftsordnungsmäßig in der Weise, daß das an Lebensjahren älteste und, wenn es ablehnt, das nächstälteste Mitglied den Vorsitz führt, bis ein neu gewählter Präsident oder ein neu gewählter Stellvertreter das Amt übernimmt. In der ersten Sitzung ernennt der Vorsitzende vorläufig vier Mitglieder zu Schriftführern. Darauf läßt er die Namen der Mitglieder ausspielen, um die Beschlussfähigkeit festzustellen, zu der die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder erforderlich ist. Nach der Feststellung der Beschlussfähigkeit soll sofort die Wahl des Vorsitzenden (des Präsidenten und der Schriftführer) vorgenommen werden. Es ist aber üblich, daß diese Wahlen in einer zweiten Sitzung erfolgen, da darüber immer Verhandlungen unter den Fraktionen erforderlich sind. —

## Noch kein abschließendes Ergebnis.

Unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters hielt der Reichswahlausschuß am Montag mittag eine öffentliche Sitzung zur Überprüfung der Verrechnung der Reitstimmen in den Wahlkreisverbänden ab. Leider die auf die Reichswahllisten entfallenden Mandate konnte noch nicht entschieden werden, da die endgültigen Wahlergebnisse aus dem 1. (Ostpreußen) und 16. (Südholstein-Braunschweig) Wahlkreis noch nicht vorlagen.

Durch Verrechnung der Reitstimmen in den Wahlkreisverbänden erhalten endgültig noch je einen weiteren Sitz im Wahlkreis 2: Sozialdemokraten, Demokraten, Wirtschaftspartei und Zentrum; Wahlkreis 3: Deutschnationale, Kommunisten, Deutschvölkische; Wahlkreis 4: Demokraten und Deutschvölkische; Wahlkreis 5: Kommunisten und Zentrum; Wahlkreis 6: Deutsche Volkspartei; Wahlkreis 7: Sozialdemokraten, Deutschnationale, Kommunisten, Deutschvölkische und Zentrum; Wahlkreis 8: Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei; Wahlkreis 11: Sozialdemokraten; Wahlkreis 12: Kommunisten, Demokraten, Wirtschaftspartei, Zentrum; Wahlkreis 13: Volksvölkische Block; Wahlkreis 17: Deutsche Volkspartei und Kommunisten; Wahlkreis 18: Demokraten; Wahlkreis 21: Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei; Wahlkreis 22: Demokraten, Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei; Wahlkreis 25: Volksvölkischer Block; Wahlkreis 26: Deutschnationale, Volksvölkischer Block und Demokraten; Wahlkreis 28: Sozialdemokraten und Deutschnationale; Wahlkreis 29: Kommunisten, Demokraten, Deutsche Volkspartei und Volksvölkischer Block; Wahlkreis 30: Demokraten; Wahlkreis 31: Demokraten, Bauern- und Kleinärtnerbund, Deutsche Volkspartei und Volksvölkischer Block; Wahlkreis 33: Kommunisten und Demokraten; Wahlkreis 34: Sozialdemokraten und Kommunisten; Wahlkreis 35: Kommunisten.

Durch diese endgültige Verteilung der Mandate in den Wahlkreisverbänden treten nur folgende Änderungen gegenüber den bisher bekanntgegebenen Ergebnissen ein: Im Wahlkreis Breslau erhalten das Zentrum, im Wahlkreis Westfalen Nord die Kommunisten und im Wahlkreis Frankfurt die Demokraten ein weiteres Mandat.

Der Landeswahlverband erhält auf seine Reichsliste zwei Mandate, so daß die beiden Führer der Nationalliberalen Partei eingehen, Marek und Lersner auf diese Weise in den Reichstag einziehen.

Erörtert wurde auch die Frage der ungültigen Stimmen, die in manchen Wahlkreisen verhältnismäßig groß ist. —

## Vom Riesenkampf der Bergarbeiter.

Die vier Bergarbeiterorganisationen wenden sich in zwei Aufrufen an die Bergarbeiterchaft, in denen sie vor den kommunistischen Versuchen warnen, durch eine mäßige Hebe gegen die Bergarbeiterführer Verwirrung in die Reihen der Kämpfenden zu bringen. Die Union versucht, ähnlich wie die Unternehmertypen, in der Deutlichkeit den irreführenden Telegrammwchsel zwischen Bechenverband und Reichsarbeitsministerium als Verrat der Bergarbeiterführer an der Arbeiterschaft darzustellen. Sie befürchtet dadurch die Geschäftsführung des Unternehmertums.

Bisher ist es jedoch gelungen, den Einfluß der Union nicht mit völlig zurückzuhalten, sondern sogar dort, wo er bestand, völlig auszuschalten. Die kommunistische Kampfleitung in Bochum ist im Augenblick aktionsunfähig. Die Kampfleitungen auf den einzelnen Schachtanlagen sind fast durchweg von den Betriebsleuten der vier Bergarbeiterverbände besiegt. Ob es den Verbänden gelingen wird, die Führung des Abwehrkampfes weiter in der Hand zu behalten, wird davon abhängen, ob das Reichsarbeitsministerium und das Bechenkapital genügend Verständnis für die berechtigten Forderungen der Arbeiter aufbringen können.

In den Belegschaftsversammlungen, deren täglich etwa 200 stattfinden, hat der radikale Einfluß an Boden wesentlich verloren. Die Generalstreikparteien der Kommunisten finden niemals Anhänger. Am Montag haben umfangreiche Feierlichkeiten in den großen Minenwerken eingesetzt. Die Zahl der Arbeitslosen wird auf 600 000 geschätzt, die sich im Laufe der Woche auf etwa eine Million erhöhen wird. —

## Aussichten auf Beilegung?

Bei den letzten Verhandlungen über den Manteltarif im Ruhrbergbau wurde von den Vertretern des Bechenverbands folgende Erklärung abgegeben:

„In Übereinstimmung mit dem Reichsarbeitsminister erkläre der Bechenverband lediglich in der Beachtung der durch die Verbindlichkeitserklärung in Hamm für Monat Mai geschaffenen Rechtsverhältnisse die Möglichkeit, zu einer Beendigung des im Ruhrbergbau obwaltenden Schwierigkeiten zu gelangen. Es kann nicht Sache des Bechenverbands sein, in Verhandlungen einzutreten, wenn sie über die im Hammer Ergebnis festgelegten Verpflichtungen hinausgehen, und die Parteiverhandlungen über den Manteltarif bis 17. Mai zu Ende zu führen. Ebenso wenig ist es Aufgabe des Bechenverbands, über die den Maßnahmen der Arbeitnehmer zugrunde liegende ablehnende Stellungnahme gegenüber der Rechts Gültigkeit der Verbindlichkeitserklärung zu verhandeln. Zu einer Fortsetzung der Manteltarif-Verhandlungen ist der Bechenverband nach wie vor bereit, unter Einhaltung der in Hamm vom Reichsminister gesetzten Frist die Verhandlungen zwischen den Partien zu beenden.“

Daraufhin haben sich die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände zurückgezogen und folgende Gegenerklärung abgegeben:

Nach Beendigung der ursprünglichen Durchberatung des neuen Manteltarifs für den Ruhrbergbau ergab sich, daß über die wichtigsten Fragen des Tariffs: die Arbeitszeit, Deputatschule, Urlaub usw., keine Einigung zwischen den Parteien zu erzielen war. Die endgültige Gestaltung des Manteltarifs muß deshalb im Schlichtungsverfahren erlaufen. Da die strittigen Punkte mit dem gegenwärtigen Konsult im Ruhrbergbau un trennbar zusammenhängen und die wesentlichste Ursache desselben bilden, können es die Arbeitnehmervertreter nicht verantworten, über die minder wichtigen Punkte weiter zu beraten und dabei die minder wichtigen Punkte außer acht zu lassen. Die Arbeitnehmervertreter haben es deshalb für notwendig, in Verhandlungen über die jetzt schwelenden Streitfragen einzutreten. Da die Arbeitgeber in ihrer Erklärung jede Verhandlung über die Beilegung des schwelenden Konflikts ablehnen, sehen die Arbeitnehmervertreter die Verhandlungen über die Bildung des neuen Tarifvertrags zwischen den Parteien als beendet an. Nach wie vor sind die Arbeitnehmervertreter der Auffassung, daß die erfolgte Ausperrung durch die Rechtslage nicht begründet ist.

Die Unternehmer hatten sich nach Abgabe dieser Erklärung ebenfalls zu Sonderberatungen zurückgezogen und erklärt, daß sie die Erklärung der Arbeitnehmer in bezug auf den Manteltarif hinnehmen, daß sie aber bestreiten, daß es sich um eine Aussperrung handelt. Die Unternehmer seien jedoch bereit, an einem Schlichtungsverfahren, das die strittigen Fragen beenden soll, teilzunehmen. Es ist zu hoffen, daß es durch die bevorstehenden Schlichtungsverhandlungen bald zu einer Beilegung des Konflikts im Ruhrbergbau kommen wird.

## Maßnahmen der tschechoslowakischen Bergarbeiter.

Die Bergarbeitergewerkschaften der Tschechoslowakei nahmen am Montag nach längerer Beratung folgende Entschließung an: Die Bergarbeiter der tschechoslowakischen Republik betrachten den Kampf der Bergarbeiter Deutschlands gegen die Verlängerung der Arbeitszeit als einen Kampf im Interesse der Bergarbeiter aller Länder. Sie verfolgen diesen Kampf mit größter Aufmerksamkeit und sind entschlossen, ihn mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen, damit der Angriff der Unternehmer abgeschlagen wird. Die sozialen Bergarbeiterverbände in der Tschechoslowakei beschließen daher folgende Maßnahmen:

1. Es sind unverzüglich alle Vorlehrungen zu treffen, damit jede vermehrte Ausfuhr von Kohle und Roß nach Deutschland verhindert wird. Von diesem Beschluss sind die Bergwerksunternehmer und das Ministerium für öffentliche Arbeiten sofort zu verständigen.

2. Die Bergarbeiter werden angefordert, während der Dauer des Kampfes im Ruhrgebiet jede Arbeit abzulehnen.

3. Die Bergarbeiter der tschechoslowakischen Republik sind zu jeder weiteren solidarischen Unterstützung bereit, falls es die kämpfenden Bergarbeiter Deutschlands für notwendig erachten oder die Bergarbeiter-Internationale sie beschließt. In diesem Falle werden von den sozialen Bergarbeiterverbänden alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Ebenso werden die erforderlichen Schritte eingeleitet für den Fall, daß eine vermehrte Ausfuhr von Kohle und Roß nach Deutschland während des Kampfes stattfinden sollte.

Eine Beratung der Eisenbahner-Organisationen der tschechoslowakischen Republik besaß sich am Montag in Prag ebenfalls mit den zu treffenden Maßnahmen zur Unterstützung der Bergarbeiter.

## Solidarität der Beamten.

Der Kampf der Bergarbeiter wird auch in der sozialistisch eingestellten Beamtenchaft als ein Abwehrkampf gegen die Anschläge des Großkapitals gegen die Errungenschaften der gesamten Arbeitnehmerchaft erkannt. Der Allgemeine deutsche Beamtenbund hat deshalb zur Bekundung gewerkschaftlicher Solidarität und Pflichtersfüllung an seine Mitglieder den Appell gerichtet, die ausgesperrten Bergarbeiter durch Geldsammlungen zu unterstützen.

## An die Gewerkschaftsmitglieder.

Die Kommunisten wollen den Bergarbeitern die Solidarität verweigern. Sie fallen wieder den Gewerkschaften in den Rücken. In der „Roten Fahne“ fordert der Reichsausschuß der Gewerkschaftsopposition alle Arbeiter und Betriebsleute auf, die Sammelstellen der Gewerkschaften zurückzugeben. Dafür sollen die Betriebsleute eigene Lizenzen herausgeben und in jedem Betrieb zertifizieren lassen. Das gesammelte Geld soll nicht an den Allgemeinen deutsichen Gewerkschaftsbund, sondern an die kommunistische Zentralstelle eingesandt werden.

Deutlicher und schlimmer kann das Hassgefühl der kommunistischen Gewerkschaften gegen die Gewerkschaften nicht zum Ausdruck kommen, als in dieser schmachvollen Handlungswweise.

Voller Scham wenden sich die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften von dieser sogenannten „Opposition“ abwenden und nun erstmals ihre sozialistische Pflicht gegenüber den ausgesperrten Bergarbeitern erfüllen.

Die Ortsausschüsse sind nunmehr genötigt, ihre Sammelisten als solche des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes genügend kenntlich zu machen. Jeder ehrbarende deutsche Arbeiter wird mithelfen, zu verhindern, daß die Sympathie mit den angesperrten Bergarbeitern zu kommunistischen Parteizwecken missbraucht werden kann.

Berlin, den 12. Mai 1924.

Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes.

## Einigungsversuch des Reichskanzlers.

Nachdem die Verhandlungen der Parteien im Ruhrbergbau über den Manteltarif am 9. und 12. d. M. in Essen zu keinem Ergebnis geführt haben, lädt der Reichsarbeitsminister die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Ruhrbergbaus auf Mittwoch den 14. Mai zu Schlichtungsverhandlungen nach Berlin ein. Diese Verhandlungen soll eine Besprechung beim Reichskanzler vorausgehen. —

## Der Bechenverband will nicht verhandeln.

Der Bechenverband vertritt den Standpunkt, daß angesichts der absehbaren Klarheit der Rechtslage, wie sie durch die in Hamm erfolgte Verbindlichkeitserklärung über Lohnverhöhung und Arbeitszeit getroffen worden ist, zu irgendwelchen weiteren Verhandlungen keine Anlaß besteht. Er muß es der Einsicht der Belegschaft überlassen, sich mit der durch Recht und Gesetz geschaffenen Lage abzufinden, und die Arbeit unter den in der Verbindlichkeitserklärung enthaltenen Bedingungen wieder aufzunehmen. Die Arbeiterschaft würde damit nicht anders handeln, wie es der Bechenverband auch tut, indem er die durch die Hammer Entscheidung ihm ab 1. Mai auferlegte Lohnverhöhung alsbald zur Durchführung bringt.

Der Bechenverband wird sich mit Verhandlungen abfinden müssen, so schwer ihm das auch wird. —

## Notizen.

Seizer abwungejagt. Die dritte Aussöhnung der böhmisches Regierung an den Obersten Seizer seinen Abchied zu nehmen — auf die beiden ersten Schreiben reagierte Seizer überhaupt nicht — beantwortete der Oberst mit einem Brief, der die glatte Weigerung des Reichsrats enthielt. Seine vorgezeigte Behörde, der Minister des Innern, bat deshalb Seizer am Montag seines Dienkes entbunden. Vorsitz ist auch schon erledigt. Kahn gesteht immer noch keinen Urlaub. —

Meineidsverfahren gegen einen Sozialdemokraten. Der befehlte Stadtrat Genosse Wittrock in Kassel, Mitglied des kommunalen Landtags und des preußischen Staatsrats, ist am Sonntag unter dem Verdacht des Meineids verhaftet worden, den er in einem Presseprozeß während der vorigen Woche geleiht haben soll. Die Verhaftung spielt sich unter Skandalen und Begleitern ab, die Tendenz der ganzen Aktion für die Kasseler Arbeiterschaft wird am Mittwoch abend in einer großen Versammlung gegen die Verhaftung Wittrocks, der einer der Führer der Kasseler Arbeiterschaft ist, Stellung nehmen. —

Achtstundentag im Bonner Holzgewerbe. Zwischen dem Holzarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband im Baugewerbe im Wirtschaftsbezirk Bonn ist eine Vereinbarung abgeschlossen worden, die deshalb bemerkenswert ist, weil sie in erster Linie die 48-Stunden-Woche zur Regel macht und Überarbeit bis zu 51 Stunden nur für den Fall vorsieht, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse trotz Völkerung eines Betriebes eine weitere Steigerung der Produktion voraussehen. In diesem Falle können 3 Überarbeiten mit einem Lohnzuschlag von 10 Prozent des vertraglichen Durchschnittslohn vereinbart werden, aber nur nach Berechnen des Arbeitgebers mit der Betriebsvertretung. Der Durchschnittslohn beträgt 65 Pfennig. Die Vereinbarung gilt bis zum Abschluß eines Abkommens zwischen den Zentralorganisationen. —

Neue russische Konsuln in Italien. Die russische Sonderregierung hat gemäß dem mit Italien abgeschlossenen Vertrag verholt, Generalkonsulate in Genua und in Triest zu eröffnen. —

Bulgarien kommunistenverbote. Der bulgarische Ministerrat beschloß alle Beamten, von denen es bekannt ist, daß sie sich zur kommunistischen Partei rechnen, zu entlassen. Ferner wurde verfügt, daß alle Institutionen, die kommunistischen Ideen dienen, eingestellt werden. Wie die „Svobodna Reitsch“ meldet, soll auch erwogen werden, daß die bei den letzten Kreisratswahlen den Kommunisten zugesetzten Mandate ungültig erklärt werden. —

## Depeschen.

Poincaré will bis 1. Juni bleiben.

W. Paris, 14. Mai. Gestern fand unter dem Vorstoß des Ministerpräsidenten ein Ministerrat statt. Poincaré klärte die Minister über die auswärtige Politik auf. Poincaré teilte nach der Sitzung dem Präsidenten der Republik mit, daß er die Absicht habe, im Kabinettzusammenhang des Kabinetts am 1. Juni zu übermitteln.

Befürzung im bürgerlichen Belgien. W. London, 13. Mai. Der Brüsseler Berichterstatter des Londoner „Times“ schreibt: Die Ergebnisse der französischen Wahlen seien von allen belgischen Regierungskreisen, ausgenommen den Sozialisten, mit Befürzung aufgenommen worden. Ein derartig ausgesprochener Erfolg des Blocks der Linken sei von niemand erwartet worden. —

Poincarés Sturz wird begrüßt. W. London, 13. Mai. „Daily Chronicle“ führt aus: Poincaré habe Frankreich zur vorherrschenden Militärmacht auf dem Kontinent machen wollen. Seine Politik habe auf eine dauernde Schiedsgerichtung Deutschlands durch die Verteilung deutscher Gebiete und die Umzingelung Deutschlands mit bewaffneten Mächten unter der Führung Frankreichs abgezielt. Frankreich habe nicht nur die militärische Vorherrschaft erstrebt, sondern auch die auf dem Fluß der deutschen Flüsse, der Flüsse, die zu Binnenseen liegenden Gebiete Europas bedeckt. Eine Möglichkeit auf die Wiederherstellung Europas bestünde nicht, solange Poincaré fortsetzte, Frankreich zu beherrschen. Kein britischer Premierminister irgendwelcher Partei hätte eine Regelung erzielen können, solange Poincaré im Amt sei. „Daily Chronicle“ schließt: Wir würden eine Veränderung in der Führung Frankreichs begrüßen, da wir bestrebt sind, die alte Freundschaft mit Frankreich wiederherzustellen und mit seiner Hilfe wirklich Frieden und eine neue Ordnung in Europa zu schaffen. —

Die Ruhrpolitik Poincarés erledigt. W. London, 13. Mai. „Daily Express“ sieht in den französischen Wahlen eine Beurteilung der Ruhrpolitik Poincarés. Das französische Volk habe die Antwort auf die Behauptung gegeben: Poincaré ist Frankreich. Es habe sich gegen seinen kleinen Provinzabkömmling gewandt, dessen Schaffen wie der eines Riesen die zu Boden liegende Gestalt Europas bedeckt. Der Wahlanspruch sei die Anerkennung, daß Kohlen nicht mit Bajonetten gefordert werden könnten, und daß eine Nation nicht zahlen könnte, wenn ihre Industrie lahmgelegt werde. Der Charakter ist so stark, daß Poincaré wieder frei ist. In England ist man froh, daß es mit der Autokratie Poincarés vorbei sei. Ebenso wie das britische Volk habe das französische Volk nichts für eine Diktatur übrig.

„Daily Telegraph“ schreibt: Die Franzosen müssten zu lange auf die Worte warten, die von der Ruhrpolitik verholt wurden und erkannten den Zusammenhang dieser Politik mit dem finanziellen Ungleichgewicht ihres Landes. Es sei zu hoffen, daß ein künftiges französisches Ministerium vorbehaltlos an der Aufgabe mitarbeiten werde, auf der Grundlage des Damessberichts eine Regelung der Schwierigkeiten zu erzielen und vor allem die wirtschaftliche Wiederaufbau zu beschleunigen. „Westminster Gazette“ schreibt, es erscheine klar, daß die Bürgerschaft der Deutschen in Frankreich vorbelte und daß jede künftige Regierung sich auf die Unterstützung der Linken und des Zentrums verlassen müsse. Die Unfähigkeit der Alliierten, mit den Vertretern der gemäßigten deutschen Regierung zu einer Einigung zu gelangen, habe viel dazu beigetragen, ihren Einfluß zu untergraben und die Nationalen und Reaktionäre in Deutschland zu stärken. Mit Staatskunst und gutem Willen müsste jetzt eine Regierung auf der Grundlage des Sachverständigenberichts möglich sein.

Seizers Nachfolger. W. München, 13. Mai. Der Nachfolger des seines Dienstes entthobenen Obersten der bayrischen Polizei, d. Seizer, Oberst a. R., hat gestern seinen Dienst angetreten. —

**UT Storch**

Heute: **Frauen, die nicht Mutter werden wollen**  
7 Riesenakte! Der gewaltigste Sittenaufklärungsfilm der Neuzeit!

Heute: **Storch UT**

Der grosse  
aufsehen-  
erregende

**Räumungs-Ausverkauf**

dauert fort. Kommen Sie schnell, denn der Andrang ist enorm, der spottbilligen Preise wegen!

wegen  
Umbaues u.  
Renovierung

**Kaufhaus für Gelegenheitskäufe**

**Knaben-Waschanzüge**

Kretonne hell und dunkel gestreift, in vielen Ausführungen von 12.50 bis 8.75 Kreidet blau/weiss gestreift, Kieler Form prima 13.80 bis 12.25

**Knaben-Waschblusen**

Kretonne hell und dunkel gestreift . . . 8.20 bis 4.85 Kreidet blau/weiss gestreift, Kieler Form 10.75 bis 6.90

**Knaben-Waschhosen**

Blau Käper mit Leibchen Größe 1-7 5.60 bis 3.95 Blau Satin ohne Leibchen, mit Gürtelbund Größe 2-10 7.90 bis 4.55

**Knaben-Sporthemden**

Zephil einfarbig und gestreift  
Kittel Sporthemd, Panama usw. Größe 80-105 von 7.50 bis 3.75

**Aufknöpf-Anzüge, Spiel-Anzüge**

**Spiel-Höschen**

reizende Neubauten in sehr großer Auswahl 4.82

**Rudolf Broelje**

Jakobstrasse, Ecke Petersstr.  
Buckau, Thiemst. 1 Neustadt, Lübeck-St. 118

**Billig und gut kaufen Sie**

**Hemden**

für Frauen und Männer in Käper, Hanele, Sonderart und Keffel weiß und gestreift von 2.45 s. d. aufwärts

**Coruco** (Inhaber Wilhelm Garrels & Co.)  
Sternfassette:

Samstag 19. am Alten Markt.

Beachten Sie meine billigen Preise!

Konkurrenzloses Angebot

1a. Röthelhosen . . . . . 4.30  
1a. Röthel-Sterthosen . . . . . 4.20  
1a. Rotenhosen . . . . . 4.60  
1a. Manschetthosen, 1a. Kurz 11.00  
Pulz, hellgrün, Manschetten, Sporthose, Kittel, hochwertig billig zu

Preßlers Textilhalle,  
Magdeburg, Salzgasse 8.  
am 8 bis 12 Uhr beschafft gewünscht

**Arbeitsmarkt**

Einige Lackierer

für Fabrik- & eigene gründet 344

Fritz Schmitz, Magdeb., Freiheitstr. 74.

August Kalbow.

**Maurer**

Gesetz. Landesamt für Schneider  
gesetz. - Schneider besitzt kein gesetz. - August Kalbow.

**Gesucht gesucht:**

**Schuhmacher** für große

5 Schuhmacher

5 Schuhmacher

1 Schuhmacher

und viele andere Stoffe werden gebraucht.

Offizielles unter 10.000 m² im

Appartement der Zentralbörse.

200

Die ganze Woche

für kleine Geschäfte

oder kleine Geschäfte

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 13 Mai 1924.

## Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsvertrauensleute!

Die Sammellisten für die Bergarbeiter müssen die Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsvertrauensleute bei ihren Gewerkschaften absordern.

Nebi Solidarität und sammelt kräftig für eure Kämpfer den Arbeitsbrüder im Bergbau!

Die Listen müssen schnell zirkulieren und mit den Gewerkschaften wieder abgerechnet werden.

Der Ortsausschuss Magdeburg des A. D. G. B.

## Da hilft kein Pinseln.

Die Miller-Zehle-Moritz haben sich im Wahlkampf den Pinsel als Symbol genommen. Sie wollen das rote Rathaus grau anpinseln. Jetzt müssen sie und ihre Helfershelfer im Schweiz ihres Angesichts den Pinsel schwingen, um die klaffenden Gengenähte zu überstimmen, die sich in ihrer sogenannten Einheitsliste mit dem völkischen Anhänger zeigen. Das ist eine teuflisch schwierige Arbeit, die auch jeden Tag von neuem gefördert wird.

Man denke: in der Pinsel-Faktion sitzen Zentrumslute. Am Sonntag aber marschierten im Zuge des Evangelischen Bundes Führer der Pinsel-Liste strammt und unentwegt gegen Rom. In den Veröffentlichungen des Evangelischen Bundes war zu lesen, daß Regierungstellen zuerst ein peinliches Entgegenkommen gegenüber katholischen Wünschen zeigen und daß jenseit zielst Zentrumslute in staatliche Amtsräume gekommen seien. Da die Einheitsliste als ein Sieg der evangelischen Elternschaft gefeiert wird, muß wohl durch die Herrn Miller, Zehle, Moritz, Eckers, Krull eine „Säuberung“ der Amtsräume von „katholischen Elementen“ vorgenommen werden. Aljo nicht nur Sozialdemokraten, auch Zentrumslute fliegen.

Aber das Bild der Pinsel-Einheit wird noch schöner, wenn die Beziehungen zwischen Volkspartei, Deutschnationalen und Bölkischen untersucht werden. In der „Magdeburgischen Zeitung“ hat der Rechtsanwalt Pistorius einen Eingesandten losgelassen, in dem die Vereinigung aller bürgerlichen Parteien zu einer Notgemeinschaft gefordert wird. Was im Wahlkampf geschehen sei, soll vergessen sein. Aber in eben dieser „Magdeburgischen Zeitung“ schreibt der volksparteiliche Reichstagabgeordnete Krull am 1. April einen Leitartikel, darin heißt es:

„Gerade bei D. C. B. muß sich halten, auch nur einen Schritt zu weit zu gehen. Gewiß, ein Wahlkampf ist keine sachliche Auskunftsverhandlung. Es gibt aber gewisse immobile Gesetze des Alltags, auch in den schärfsten politischen Kämpfen, die man nicht außer acht lassen darf und die Würde der D. C. B. verlangt genau die gleiche Haltung, die die parlamentarische Lage an sich erfordert. Mich will bedenken, daß manches Wort richtig gestellt und manches zurückgerufen werden muß, bevor die D. C. B. sich mit den Herren von der Deutschnationalen Fraktion an einem Tisch setzen kann. Wir sind nicht in der Lage, nach ein paar Tagen zu vergessen, mit welch hässlichen Mitteln man gegen uns gefämpft hat.“

Gott natürlich über das Gutachten der Sachverständigen zu reden, hat man die Frage mit einem moralischen Urteil verbunden, von dem ich mich weiß, wie die Deutschnationalen es nach den neuen Ausführungen ihres Führers zu rechtfertigen wollen. Aber selbst wenn sie es fallen lassen, das Verleugnende ist von weiten Kreisen der Bevölkerung noch nicht vergessen worden.

Es ist auch noch nicht vergessen, daß Mitglieder der Partei die sich immer als einzige Hüterin guter, alten Sitten hinstellen, das Privatleben von Dr. Streiemann und seiner Frau mit den hässlichen, unverantwortlichen Beziehungen anzutasten verübt haben, daß sie kein Mittel scheuen, wenn es nur zur Schädigung der D. C. B. dienen könnte. Man kann das nicht wortlos begraben sein lassen, wenn auch selbstverständlich das Persönliche das Sachliche nicht überschatten darf.“

Die Deutschnationalen hatten der Regierung Marz-Schefemann nachgesagt — auch die hierige „Tageszeitung“ brachte diese Aeußerung —, daß man in jedem anderen Land sagen würde, solche Männer seien bestochen, die solch ein Sachverständigengutachten unterschreiben (wie es von der Daw.-Kommission aufgestellt wurde). Es wurde dann von der „Tageszeitung“ weiter gezeigt, bei Streiemann und Kowitzki sei eine Bestechung gar nicht nötig, diese Regierung profitiere doch, ohne nach der Bezahlung zu fragen.

Das kann nach Kultusminister nicht ohne weiteres vergessen werden. In der Pinsel-Faktion aber liegen Vertreter der Deutschnationalen die Führer der Volkspartei und des Zentrums etwa auf die moralische Stufe der Straßendame stellen, mit Volksparteiern und Zentrumsluten zusammen. Macht alles richtig, sagt Herr Miller, wir müssen über alles die graue Soße, dann sind wir uns alle gleich. Sogar Bölkische unterscheiden sich dann nicht mehr von den Juden in unserer Mitte.

Herr Miller schwingt den Klabatsch. Aber die Klappe, die durch sein komisches Gebilde gehen, kann er nicht verdecken. Da hilft kein Pinsel, was nicht zusammenhalten kann, fällt früher oder später auseinander. —

## Evangelisch-christliche Lügen.

In den Versammlungen des Evangelischen Bundes wird viel von der Pflicht zur Wahrheit, von Idealismus, Verantwortung und dergleichen schönen Dingen geredet. Wie es mit der Wahrheitsliebe besteht ist, die auf der evangelisch-christlichen Seite herrscht, das lassen die Presseäußerungen von Führern des Evangelischen Bundes über die weltliche Schule erkennen. In der „Magdeburgischen Zeitung“ haben sie diesen Schwund adduzieren lassen:

„Einen bedeutenden Platz bekommt die Schulfrage. Magdeburg ist historischer Kampfplatz geworden. Mit einer steueroften Art hat man die Macht der sozialistischen Partei besiegt, um gegen die evangelische Schule anzugehen. Nachweisbar hat man es in mir und ungeheuerlich gemacht, das her ersehnte Ziel zu erreichen. Das alte Programmwort: Religion ist Prinzipiatum ist lange erledigt und zur Lüge geworden. Die Schulerneuerungen bedeuten einen Sieg des evangelischen Schulgedankens. Es wird nicht mehr so leicht sein wie bisher in Eile und unbemerkt folgerichtige Erneuerungen und Wahlen zu treiben. Der Raum ist gebrochen.“

Vielleicht war es derselbe Lügenschreiber, der im „General-Anzeiger“ folgendes schrieb:

„Nichts hat auch in der Wahlzeit die Gemüter hier so beschäftigt wie die Schulfrage, zumal in letzter Zeit auch vor der Deutlichkeit immer deutlicher geworden ist, wie nachweislich in ungesehene Weise man gegangen ist, um das Ziel zu erreichen: die evangelischen Schulen Magdeburgs zu zerstören und möglichst viele „weltliche“ zu errichten.“

Mit dem „General-Anzeiger“ hat er für seine Lüge den besten Platz gefunden. Dieses Blatt, das neutral sein will, aber die Sozialdemokratie in der schärfsten Weise bekämpft — es hat in der Wahlbewegung sogar seinen Interessenteil für die Sozialdemokratische Partei gehabt — ist das rechte Organ für beratige Sudeten.

Wir sind es gewohnt, daß vor der evangelisch-christlichen Seite gegen die sogenannte weltliche Schule und vor allem gegen die sozialistische Arbeiterbewegung in einer Art gelämpft wird, die mit Wahrhaftigkeit zumeist nichts zu tun hat. Es sind Lehrer aufgetreten, denen in öffentlicher Versammlung und in der Presse Lügen nachgewiesen wurden. Sie stehen trotzdem noch jeden Tag vor ihren Kindern und „lehren“ sie, wahr zu sein. Die hier zitierten Presseäußerungen stammen offenbar von Geistlichen, die auch jeden Sonntag im Gotteshaus vor ihrer Gemeinde stehen und von der Wahrheit predigen. Das ist eine Erscheinung, die nicht aufzugeben braucht, sie gehört offenkundig auch zur nationalen Erneuerung. Wir wären auch nicht darauf eingegangen, wenn nicht von Arbeitern die noch zur evangelischen Kirche stehen, au uns das Eruchen gerichtet worden wäre, doch im Interesse der Religion und der Kirche gegen diese Lügen Stellung zu nehmen. Denn Tatsache ist, daß in Magdeburg nur dann sogenannte weltliche Schulen eingerichtet wurden, wenn die entsprechende Anzahl von Eltern dies beantragte. Tatsache ist ferner, daß die konfessionellen Schulen im weitestgehenden Maße geschützt wurden. In der Zuweisung von Schülerräumen sind sie gegenüber den weltlichen Schulen bevorzugt worden. Die Eltern, die ihre Kinder in eine weltliche Schule schicken wollen, führen mit Recht darüber Klage, daß auf ihre Kinder zuwenig Rücksicht genommen wird.

Die Klassen der konfessionellen Schulen weisen im Durchschnitt geringere Schülerzahlen auf als die Klassen der weltlichen Schulen. Alle „weltlichen“ Schulsysteme sind von der Regierung in Magdeburg und vom Ministerium genehmigt. Mit welchem Rechte kann da von ungesetzlichen und krummen Wezen gesprochen werden?

Wir sprechen den Anhängern der konfessionellen Schule durchaus das Recht nicht ab, für ihre Sache mit allem Eifer zu werben. Sie können selbstverständlich auch die weltliche Schule scharf kritisieren und die freigeistigen Bestrebungen bekämpfen. Aber der Kampf muß geführt werden mit ehrlichen Waffen. Der Geist und die Wahrheit müssen ins Feld geführt werden, nicht Lügen und Ränke. Auch eine religiöse Wiedergeburt, von der viel geredet, die von vielen Menschen erwartet wird, ist nur denkbar, wenn es wirklich ein geistiges und ethisches Ringen gibt zwischen den Christen.

## Das Evangelium der Massen.

In der zweiten öffentlichen Versammlung aus Anlaß der Tagung des Evangelischen Bundes in Magdeburg steht ein anderer Wind. Am Tage vorher verteidigten die Vertreter der evangelischen Kirche gegen die katholische Kirche den „alten Erbfeind“, dessen grausame Rüste „große Macht und viel List“ sei. Am Montag hingegen dagegen viel sanfter. Die Kleriker verzichteten, sie dachten gar nicht daran, die Katholiken zu hassen und die Aufgabe des Evangelischen Bundes in einer Abwehrstellung gegen Rom zu sehen, sie wollen vielmehr den Geist der Liebe und Freiheit verbreiten. Nach der rückwärtigen und unduldlichen Einstellung am Sonntag Klingt diese Vorlesung zu modern und vollständig, als daß wir an eine bauende Bewegung glauben können. Die evangelischen Vertreter scheinen über Nacht einen politischen Wind bekommen zu haben. In Magdeburg sind auf der evangelischen Einheitsliste auch zwei Vertreter des Zentrums. Dieses seltsame politische Gebilde streite wohl nach den freilichsten Reden der Evangelischen gegen Rom in Gefahr, noch vor dem Zusammentritt der ersten Stadtverordneten-Sitzung auseinander zu fallen. Da hat oncheinend Herr Bürgermeister Paul zunächst nachdrücklich seinen evangelischen Freunden Rücksicht auf die Magdeburger Christen innezuhalten.

Der neue Führer des Evangelischen Bundes, „Hofprediger“ Dr. Döhring (Berlin) nahm sogar so viel Rücksicht auf die katholische Kirche, daß er in seinem Vortrag über „Das Evangelium und die Massen“ die katholische Arbeiterbewegung ganz vergaß. Dafür rief er sich an dem Marxinus und an der sozialistischen Massenbewegung. Er sagte: „Wer sind die Massen? Lassen wir uns nicht durch die marxistische Ideologie täuschen die uns den Begriff der Massen aufprojiziert hat, in dem Sinn, als seien die Massen die geschwätzigen Gestalten die morgens in die Fahrt gehen und abends wieder herauskommen. Es ist einer der großen Irrtum des Marxinus, die Arbeiter seien die Massen. Es gibt auch Massen unter den Burenmen und Gebäuden, unter den ehemaligen Zehntmauern und in den Salons. Massen bedeute die Geistesverfassung, das Leben zu führen ohne legitime Motive.“

Diese wahrnehmende orthodoxe Einstellung zu dem Begriff Massen und zu den etlichen Kritik an die die Massen volkisch sozial überwiegend kulturell bewegen, zeigt daß der Herr Hofprediger und wohl die meisten Vertreter der evangelischen Kirche auch mit ihrer neuen Parole „Lösung des sozialen Problems auf evangelischen Boden“ bei den Massen keinen Eindruck machen können. Das Evangelium in die Massen, das soll jetzt das Programm des Evangelischen Bundes sein, behauptete Dr. Döhring. Er braucht sich nicht zu bemühen. Die Massen haben bereits ihr Evangelium: in sozialismus. Es ist ihre Religion. Was in den Massen, die dem Sozialismus angehören für sittliche Kräfte wirken, was da an Opfergeist, Gemeinschaftsgefühl, Solidarität, Hilfsbereitschaft und Streben nach geistiger und seelischer Verbesserung leben mögen, kann durch die christliche Kirche weder erreicht noch gefördert werden.

Wenn der Hofprediger die Brücke zwischen der Seele der Arbeiter und der Arbeitgeber finden will, dann soll er nicht den Arbeitern, sondern seinem „christlichen“ Unternehmensmoskito das Wort aus der Bibel predigen: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Dann soll er den Kapitalisten sagen, daß es unchristlich ist, Reichtümer aufzuhäufen, um die Arbeiter daran und hungrig zu lassen. Die Massen lassen sich nicht mehr auf ein besseres Geiste verführen. Sie wollen teilnehmen an allen Gütern und Schönheiten, was die Welt bietet. Und dieses Problem läßt sich nicht aus evangelischem Boden lösen — denn dann müßte es schon seit Hunderten von Jahren gelöst sein —, sondern nur auf sozialistischem Boden. Das Evangelium der Massen ist der Sozialismus.

## Die Heimlehrle.

Eine neu erschlossene Riesenhöhle im Harz ist unweit Nordhausen und des Kyffhäuser seit Ende 1920 dem Harzverlehr entzündlich zugänglich gemacht worden. Der höhlenreiche Harz hat dadurch ein neues, eigenartiges, imposantes Naturdenkmal von starker Attraktivität erhalten und die moderne Höhlentouristik, die sich sonst nur im Hochgebirge befähigt, einen neuen Triumph zu verzeichnen. Die Höhle ist jetzt auf circa 2000 Meter Gesamtlänge freigelegt. Die Eröffnung weiterer Höhlräume steht bevor, so daß die Gips Höhle, die Heimlehrle, selbst die Barbarossa-Gips Höhle und die Rübelandtropfsteinhöhlen übertrefft und als die größte reichsstädtische Höhle im schweizerhaften Kalkgebirge angesehen werden kann.

Die weiter erschlossenen Höhlenteile können vielleicht später erweitert werden, aber auch die jetzt zu besichtigenden Höhlenteile geben schon ein plausibles Bild von dem Wunder der geheimnisvollen Naturkräfte. Die Höhle ist ohne Gesetz trocken zu passieren und macht in der eigenartigen elektrischen Beleuchtung einen beeindruckenden wunderlichen Eindruck, so daß kein Harzbesucher an diesem neuen Naturwunder vorübergehen sollte. Die Höhlenteile haben

alle charakteristischen Namen erhalten, welche teils die Erinnerung an verdiente Höhlenforscher feiern, teils die pittoreske Deutung bezeichnen sollen. Die neuen Höhlenteile zeigen von Gräberhöhlen bis zu enormen Schlammmassen und meterhohe Hochwasser zu Lebewohl und Durchgänge nur durch Teleskopungen gebrochen werden können. Unter der Grasnarbe der Oberwelt liegen Seen auf Bergeshöhen, Seen zwischen den Höhlräumen, eingeklemmt von drohenden dicken Steinen.

Die Höhle liegt an einer Hauptader des Verlehrs und vorzüglicher, neuer gut markierter Zuwege beginnen in einem Zug zu verläßlichen. Sie ist zu erreichen von den Stationen Uslar und Rotleberode, der Strecke Berga-Kelbra-Stolberg im Harz. Diese letztere Zweigstrecke zweigt von der Hauptstrecke Hallerode-Berga-Kelbra ab. Als angenehme Fußwanderung vom Kyffhäuser oder Stolberg in wenigen Stunden zu erreichen. — Ausflüsse erlaubt die Höhlenverwaltung Heimlehrle G. m. b. H. Uslar im Südharz.

## Euch zu wählen . . .

Das von dem Wahlvorsteher dem Wahlamt noch am Wahltag mitgeteilte Ergebnis der abgegebenen Stimmen zur Stadtverordnetenwahl ergab insgesamt 167 860. Die sofort vorgenommene rechtzeitige Nachprüfung erhöhte diese Ziffer auf 168 354, davon waren 3066 ungültige Stimmen. Der auf Grund der geistlichen Bestimmungen vom Magistrat eingesetzte Ausschuß zur Nachprüfung des Wahlergebnisses und endgültigen Feststellung der gültigen Stimmen erzielte noch 108 ungültige Stimmen für gültig, so daß die endgültige Ziffer der gültig abgegebenen Stimmen 164 906 beträgt. Die nachträglich als gültig erklärten 108 Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Parteien in folgender Weise: Kommunisten 18, Sozialdemokraten 26, Republikanische Partei 2, Deutsche Soziale Partei 7, Bölkische Block 5, Einheitsliste Miller-Zehle-Moritz 29, Demokraten 16, Rentnerpartei 5.

Die 3448 ungültigen Stimmen bedeuten gegenüber den früheren Wahlen eine große Summe, erscheinen aber gegenüber der Zahl der ungültigen Stimmen anderer Orte, sowohl bisher Nachrichten dafür vorliesten, ziemlich niedrig. Der Grund liegt einmal in dem neuen Wahlverfahren und dann vor allen in dem Umstande, daß gleichzeitig zwei Wahlen vorzunehmen waren. Die Ungültigkeit der Stimmen ist auf folgende Ursachen zurückzuführen:

Auf 1736 Wahlzetteln war keine Partei angezeichnet. Der Grund liegt wohl darin, daß ein großer Teil dieser Wähler von den früheren Wählern her gewohnt war, die Wahlzettel aber weitestens in den Umschlag zu stellen und abzugeben, oder ein Teil wollte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, Nichtwähler zu sein, oder aber mancher von ihnen wollte nicht zur Wahl „geschleppt“ werden. Das gleiche dürfte wohl für die 81 Wahlzettel gelten, auf denen sämtliche Parteien angezeichnet waren. 968 Gemeindewahlzettel enthielten Reichstagswahlzettel, auf 478 Wahlzetteln war mehr als eine Partei angezeichnet. Der Rest der ungültigen Stimmen entstammt entweder dem Namen der Wähler oder sonstige legitime Vermerke oder war aus sonstigen Gründen ungültig. Bemerkenswert ist, daß auch in Magdeburg wie in Berlin ein Wahlzettel das Bibelzettel Jesaja Kap. 41 Vers 24 enthielt, welche lautet: „Siehe, ihr seid aus nichts und euer Tun ist auch nichts und euch zu wählen ist ein Grauel!“ Woraus herborgeht, daß wir zwölfzig Parteien haben, denn der Bibelkunde hat unter den 15 Parteien, die zur Reichstagswahl in Magdeburg-Amtshof in Frage kommen, keine für sich herausgefunden. Für jeden Deutschen eine besondere Partei, das muß ein heiliges Ideal werden. Wenn's erreicht ist, wählen auch die Unionisten und Syndikalisten.

**Eine Maßgabe.** Durch ein besonders Entgegenkommen der Verlagsfirma H. W. Dietz Nachf. in Berlin ist die Geschäftsführung der „Volksstimme“ in die Lage versetzt worden, ihren Lesern die diesjährige Maßgabezeitung als Gratisbeilage zu geben. Mit der heutigen Nummer der „Volksstimme“ erhalten unsre Leser die Festschrift.

**Lohnbewegung im Versicherungsgewerbe.** Das Reichsarbeitsministerium hat es abgelehnt, den Aprilschiedspruch, der eine Erhöhung der Gehalte um 6 Prozent vorschlägt, für verbindlich zu erklären. Es begründet die Ablehnung wie folgt: Der Reichsarbeitsvertrag ist am 19. Februar bezüglich der geldlichen Leistungen bis Ende April abgeschlossen worden. Der Anwendung des § 15 des Vertrags der in Ausnahmefällen auf Grund vorhergebrachter dringlicher Umstände eine zwischenzeitliche Regelung zuläßt, kann nicht zugestimmt werden. Die Mindestregierung ist unerheblich. Es ist erstaunlich, daß das Reichsarbeitsministerium zu dieser Begründung 4 Wochen Zeit nötig hatte.

**Modellstädter und Metallarbeiter.** In den hierigen Tageszeitungen werden durch Interat Metallarbeiter und Modelle nach Bremen i. M. und anderen Werftorten geworben. Wir eruchen alle Kollegen, die dort Arbeit annehmen wollen, sich zuvor in Metallarbeiterverband zu erkundigen, weil in den Werften die gesamten Metallarbeiter im Streit stehen. Die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

**Kurzarbeiter.** Nach einem Besluß des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsschutzes Magdeburg brauchen Kurzarbeiter ihren Beitrag zur Gewerbeleistungsförderung nur nach ihrem tatsächlich geleisteten Arbeitseinsatz zu entrichten.

**Die Geschäftsräume des Kaufmannsgerichts** sind mit denen des Gewerbezugs zusammen nach dem Arbeitsamt Hohenforstwall Zimmer 37 verlegt. Für Publikum verkehr sind beide Dienststellen Sonnabends von 9 bis 12 Uhr geöffnet, an allen übrigen Werktagen von 9 bis 1 Uhr.

**Verein der Freidenker für Freiheitseinrichtung.** Am 14. Mai Generalversammlung bei Büchfeld, Skulpturenhäuser.

**Sieg der Schulreformer in Hamburg.** Am Sonntag fanden in sämtlichen Hamburger Schulen die Elternratswahlen statt. Nach dem bis jetzt vorliegenden fast vollständigen Ergebnis (es fehlen nur noch einige Ergebnisse aus dem Landgebiet und von höheren Schulen) hat die von der Sozialdemokratie unterstützte Liste „Schulsozialist“ die absolute Mehrheit weit überschritten. Es erzielten Sie: Liste Schulsozialist 1097, Kommunisten 94, Demokraten 34, Liste des Elternbundes (volksparteiliche Richtung) 273 und der Evangelische Elternbund (von den Deutschnationalen unterstütz) 426. Das Ergebnis dieser Wahl, von der auch die Zusammenlegung der Elternräte abhängt, ist eine sehr hoch einzuschätzende Anerkennung der sozialistischen Schulpolitik, die in Hamburg von der unter sozialistischer Leitung stehenden Oberkirchbehörde betrieben wird.

**Auf dem Westfriesland.** werden die in der Zeit vom 1. Januar 1909 bis 31. Mai 1909 belegten Kindergräber demnächst eingebettet. Anträge auf etwaige Verlegung der Gräber sind bis zum 20. d. M. beim Begehrungsamt Altstadt, Nofelsstraße 9, einzureichen. Erneuerung der Gräber ist nicht möglich, da der Platz anderweitig benötigt wird.

## Theater, Konzerte, Vorträge etc.

**Stadttheater.** Mittwoch (3. Anreisabend): Die lustigen Weiber von Windsor. — Donnerstag (4. Anreisabend): Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst. Freitag (5. Anreisabend): Figaro kommt. — Sonnabend (6. Anreisabend): Der Barbier von Sevilla.

**Wihlauer-Theater.** Mittwoch Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst: Sabatini in Potsdam. — Freitag (8. Anreisabend): Die lustigen Weiber von Windsor. — Sonnabend (9. Anreisabend): Der Barbier von Sevilla.

## Nachrichten aus der Provinz.

### Die ersten Arbeiten der neuen Gemeindevertretungen.

Die Wahlen der Gemeindevertretungen und Stadtverordneten-Versammlungen sind nun vorüber und es muß nun allenfalls die erste Arbeit ausgeübt werden. Hier und da sagt man den neu gewählten Vertretungen keine lange Lebensdauer voraus, weil ihre Zusammensetzung vermeintlich ein erhebliches Arbeit aufzunehmen lasse. Da muß denn gleich gezeigt werden, daß eine Neuwahl nicht von dem Willen der Gemeindevertretung selbst abhängt, sondern nur durch einen neuen Gesetz bestimmt wird. In § 1 des neuen preußischen Gemeindewahlgesetzes heißt es ausdrücklich: „Über die Dauer der Wahlgeiß wird in den neuen Gemeindewahlgesetz Bestimmung getroffen.“ Allerdings kann eine vorzeitige Auflösung einer Stadtverordneten-Versammlung (durch das Ministerium) und auch einer Landgemeinde-Vertretung erfolgen, aber nur, wenn die Vertreter ihrer Pflichten dauernd verstoßen. Die Niederlegung der Abstimmung durch eine Minderheit der Vertreter führt jedenfalls in der Regel nicht zur Auflösung. Eine Neuwahl hat dann jedoch Monate vom Tage der Auflösungsverordnung an zu erfolgen.

Etwas Einschüchterndes gegen die Wahl sind von dem Gemeindevorstand oder dem Magistrat der Vertretung bei ihrem ersten Zusammentritt zur Beschlusssitzung vorzulegen. Hieraus folgt, daß der erste Zusammentritt formgerecht erst erfolgen kann, wenn die zweitwöchige Einschüchterung befristet ist. Noch kann der Zusammentritt auch früher erfolgen, doch können dann keine rechtsträchtigen Beiträge gefestigt werden. Gegen die Entscheidung der Gemeindevertretung kann das Verwaltungsstreitgericht (Platz beim Bezirksausschuß) eingeleitet werden.

Die erste Sitzung nach der Neuwahl wird vom Gemeindevorsteher oder Bürgermeister einberufen. In Städten übernimmt dann ein „Alterspräsident“ die Leitung der Versammlungen, der dann das „Präsidium“ wählt. Die Stadtordnung sieht als unerlässlich einen Vorsitzenden, einen Stellvertreter und einen Schriftführer vor, die Geschäftsordnung kann aber auch eine größere Anzahl von Vorstandsmitsgliedern einführen. Für jedes zu wählende Mitglied ist besonders abzustimmen, und zwar durch Stimmenthalt. Erreicht ein Kandidat nicht die absolute Stimmenmehrheit, so ist nach § 32 der alten Stadtordnung eine Stichwahl vorzusehen. Zur Annahme des Postens eines Vorsitzenden oder Schriftführers ist kein Stadtverordneter verpflichtet. Die Pflicht, daß die städtische Partei über Arbeitsgemeinschaften den ersten Vorsitzenden hält und die übrigen Stellen nach der Größe der Fraktionen verteilt werden, ist bis jetzt noch nicht gesetzlich geregelt; sondern eben nur Brauch. Das Amt des Schriftführers kann auch einer verteidigten Person übertragen werden, die nicht der Vertretung angehört. In den Landgemeinden führt der Gemeindevorsteher den Vorstand in der Gemeindevertretung.

Weiter ist „alshald“ die Neuwahl der unbefoldeten Magistratsmitglieder, unbefoldeten Gemeindevorsteher und unbefoldeten Schöffen vorzunehmen. Ihre Zahl ist durch Ortsgebot zu bestimmen. Die Zuscheidenden bleiben bis zur Neuwahl im Amt. Demzufolge haben in den Landgemeinden die ehemaligen Vorsitzenden und Schöffen, die der Gemeindevertretung angehören, des Rechts, ihre Nachfolger mit zu wählen. Die Wahlen der unbefoldeten Magistratsmitglieder können nach wie vor der Stadtverordneten-Versammlung angehören. Eine endgültige Frage ist, ob sie nicht etwa aus Zweckmäßigkeitsgründen auszudehnen.

Gedacht hat die Stadtverordneten-Versammlung die nötigen Anträge und Deputationen zu wählen. Die ersten sind die Verteilung der Stadtverordneten-Versammlung zur Bereitung ihrer Versammlungen, letztere sind die Hilfsorgane des Magistrats zur Bereitung seiner Angelegenheiten. Man muß also zwischen ihnen unterscheiden. Erstere bestehen nur aus Stadtverordneten, die Deputationen dagegen bestehen neben den Stadtverordneten auch aus Magistratsmitgliedern und Bürgern und haben den Oberhaupt von Vorförder. Die Zahl der Auslässe und Deputationen rückt nun ganz nach destruktiven Bedürfnissen. Sie können beliebig vermehrt und verminderd aber auch nur für vorübergehende Zwecke eingesetzt werden.

Die Stadtverordneten-Versammlung will die Mitglieder der Auslässe und die Deputationsmitglieder aus den Stellen der Stadtverordneten und Bürgern. Das Verhältnis zu den Jahren ist nicht vorgezeichnet, doch kann es natürlich zur Anwendung kommen. Nur bis dahin der Schuldeputationen, die auch nur zu einem und in das Verhältniszweijahrszeitraum beauftragt werden. Die Magistratsmitglieder, die den Deputationen angehören, bestimmt der Bürgermeister, sie werden also wieder vom Magistrat gewählt. Auch die „Deputationen“ an die einzelnen Magistratsmitglieder verteilt der Bürgermeister.

Bei den nunmal vollzogenen Neuwahlen der Gemeindevertretung in § 12 des vorliegenden preußischen Gemeindewahlgesetzes erledigen, wonach die Stellen der beförderten

Bürgervorsteher, Magistratsmitglieder, Gemeindevorsteher und Schöffen nur besetzt werden dürfen, wenn die Wahl eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der tatsächlich vorhandenen Mitglieder der Gemeindevertretung ergab. Es genügt nun für diese Wahlen wieder die einfache Mehrheit. Wichtig, nach der Neuwahl in Kraft getretene Neuerungen sind folgende: Scheidet ein Gemeindevertreter oder Stadtverordneter aus seinem Amt, so tritt an seine Stelle der Bewerber, der in demselben Wahlvorschlag hinter dem Gewählten an erster Stelle steht. Es kann aber die Reihe folgen, in der die Bewerber zu berufen sind, durch die Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlags geändert werden. Die Änderung muss aber dem Gemeindevorstand bis zum Ablauf von zwei Wochen nach Erledigung der Stelle mitgeteilt werden. Ist ein weiterer Bewerber auf demselben Wahlvorschlag nicht mehr vorhanden, so bleibt der Gemeindevertreter unbefreit. Das gilt alles entsprechend auch für die Magistratsmitglieder. Hier ist noch eine Ergänzung bemerkenswert: Ist ein weiterer Bewerber auf dem Wahlvorschlag nicht mehr vorhanden, so kann irgendein anderer Nachfolger von der Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlags bestimmt werden.

Die sachlichen Arbeiten der neuen Gemeindevertretungen werden vorzugsweise auf dem Gebiete liegen, die man ihnen auferlegt hat, Geld und nochmals Geld. Da wird es besonders schwer sein, den richtigen Ausweg zu schaffen.

### Gründerversammlung des Hallischen Knappenhof.

Am 11. Mai fand die für die Hallische Knappenhof vorgeschriebene Gründerversammlung statt. Sie hatte folgende Punkte zu erledigen: 1. Wahl des vorläufigen Vorstandes und Festlegung der Zahl der Bezirksvertreter-Versammlung sowie des Bezirksvorstandes. 2. Beschlusssitzung über die Wahlordnung nach Paragraphen 134 ff. 2. und 146 des Reichsknappenhofgesetzes. 3. Beschlusssitzung über die Sondervorschriften. Zu 1 wurde von den Versicherten vorgefragt, je sieben Vertreter in den vorläufigen Bezirksvorstand zu entsenden. Die Arbeitgeber schlugen je sechs Vertreter vor. Der Vertreter der Regierung entschied zugunsten der Arbeitgeber. Da nur je eine Vorschlagsliste eingereicht war, gelten die Vorschlagten als gewählt.

Die Zahl der Vertreter zur Bezirksvertreter-Versammlung wurde auf 24 festgesetzt. Neben die Zahl des Bezirksvorstandes wurde eine Einigung nicht erzielt, ja daß hier die Landesbehörde zu entscheiden hat. Die Versicherungsvertreter beantragten je acht, die Arbeitgeber je sechs Vertreter. Die vorgebrachten Wahlordnungen wurden angenommen.

Zu 3 begründete Reddiger den von den Versicherungsvertretern eingereichten Entwurf bezüglich Sondervorschriften. Dieser Entwurf sieht die Leistungen vor, die früher in den Knappenhofvereinen gewährt wurden, wie Familienehelhilfe, Krankengeld vom ersten Tage, Zuflüsse für Kinder, Haushalt für Verheiratete, nebst bis zum vollen Betrag des Krankengeldes, für Ledige bis zu einem Viertel des Krankengeldes, Siedegeld für Ehefrauen und Kinder bis zum 18. Lebensjahr, für versicherungsfreie Angehörige freie ärztliche Behandlung sowie Krankenhauspflege, für Familienehelhilfe freie Kur und Arznei, für deren Angehörige Krankenversicherung sowie ferner die evtl. Unterbringung der Invaliden und deren Angehörige in Bäder. Ein eindrücklicher Weise wurde betont, daß infolge der schlechten Verhältnisse und des Begolls der Familienehelhilfen der größte Teil der Angehörigen ohne ärztliche Hilfe sterben müssen und daß jetzt die Arbeitgeber den auch von ihnen den Arbeitern gegenüber als unhalbar Leidzweck beendigen müssten durch Zustimmung zu dem von den Arbeitern eingereichten Entwurf. Die Arbeitgeber, die unter sich eine Sonderberichtigung gepflogen hatten, gaben die Erklärung ab, daß Mehrleistungen nicht gewährt werden könnten, da sie für die Industrie untragbar seien.

Hiermit haben sich die Arbeitgeber ihre arbeiterfreundliche Worte selbst vom Gesicht gerissen. Die Arbeitgeber hatten es in der Hand zu beweisen, daß sie nicht an dem Abbau der Mehrleistungen jährling sind. Diese Verlegertheitsausreden werden in Zukunft bei den im Bergbau Verhüllten nicht mehr verlangt. Durch die Ablehnung der Mehrleistungen seitens der Arbeitgeber ist eine starke Situation geschaffen und die gesamte Arbeiterschaft kann erkennen, daß ihnen nicht jähre Worte helfen können, sondern daß diesen jähren Worten auch die Tat folgen muß.

### Kreis Jerichow 1.

**Burg. Kriminalbericht.** In den Kültzauer Schlüchten wurde eine Räubertruppe in Zeitungspapier eingewickelt gefunden. — In einer Höhle der Elbe wurde die Leiche einer etwa 20—25 Jahre alten unbekannten Frauensperson gefunden. Die Leiche welche schon längere Zeit im Fass lag, war bereits stark in Verwesung übergegangen. Ihr Körper war eine Größe von 155 m. standes Gericht und

schwarzes Haar. Sie ist bekleidet mit weißleinerer Hose, weißleinenem Hemd, schwarzen Wollstrümpfen, neuen schwarzen Schuhstöcken, grauem Unterröck, weißem Unterröck, schwarzer Bluse, grau- und schwärzgewebtem Kumper und dunklem wollenem Wintermantel. Jemand welche Papiere sind nicht vorgefunden worden. Da die Persönlichkeit der Toten bis hier nicht festgestellt werden konnte, wird gebeten. Angehörige zu ermitteln und gegebenenfalls Nachricht an die Kriminalpolizei zu geben.

### Kreis Wanzleben.

**Hohendorfdeleben.** Eine Parteiversammlung findet am Mittwoch den 14. Mai, abends 8 Uhr, bei Coerdt statt. Bei der Gemeindewahl haben wir wieder die Mehrheit errungen; es gilt nun, das Ergebnis auszubauen. Am Sonntag findet die Wahl des Gemeindevorstechers und der Schöffen statt. Die Deutschnationalen haben sich mit den Handwerker und Gewerbetreibenden verbündet gegen uns. Die kommunistischen Wähler, die dazu mit beigetragen haben, werden jetzt erkennt, was sie für Fehler gemacht haben. Auf Grund unserer Verliererzahl stellen wir den Gemeindevorsteher, den ersten Schöffen und zwei Schöffenstellvertreter. Die Versammlung am Mittwoch hat sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Genossen, jetzt daher für guten Besuch der Versammlung.

### Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

**Neuhaldensleben.** Eine Sitzung der neu gewählten Stadtverordneten sowie der Unterzeichner des sozialdemokratischen Wahlvorschlags findet am Mittwoch den 14. Mai, abends 8 Uhr, bei Golditz statt. Das Erscheinen sämtlicher in Betracht kommenden Genossen ist unabdingt erforderlich. — Das Einzameln von Kräutern, Beeren oder Pilzen in den Stadtforst ist laut Veranordnung des Magistrats nur gegen Erwerbung eines Glaubenschein gestattet, der in der Kämmererskasse Rathaus, Zimmer Nr. 2 — gegen Erwaltung einer Gebühr von 1,50 Mark für Einwohner und 3 Mark für Auswärtige erhältlich ist. Der Glaubenschein muss von dem Gewerber vor dem Einsammeln dem zuständigen Revierförster vorgelegt und beim Sammeln stets mitgeführt werden. Die Sammeltage für Pilze sind wie folgt festgesetzt: 1. Bezirk Oberholz Mittwoch und Sonntag, 2. Bezirk Lübbertz-Döbel Dienstag und Sonntag, 3. Bezirk Bernitz Donnerstag und Sonntag, 4. Bezirk Popenberg Freitag und Sonntag. Überbrechungen werden zur Anzeige gebracht.

### Kreis Nalbe.

**Brumbach.** Reichsbanner Schwarzwolgold. In der Gründungsversammlung sprach Kamerad Hohmeyer über die Aufgaben und Ziele des Bundes der republikanischen Frontsoldaten. Seiner Aufforderung, dem Bunde beizutreten, taugen sofort 53 Kameraden an. Den Vorstand bilden die Kameraden Hermann Wilcke, Hermann Diesing, Wilhelm Bloch, Karl Eisfeld und Heinrich Höhne. Am nächsten Sonntag wird die Aufstellung der Jugendabteilung vorgenommen.

**Großmühlungen.** Reichsbanner Schwarzwolgold. Die Gründung einer Ortsgruppe des Bundes republikanischer Kriegsteilnehmer wurde am Sonnabend vollzogen. Kamerad Pape (Flagdeburg) legte den Zweck der Vereinigung dar. Seine sachlichen Ausführungen waren vom Geiste echter republikanischer Gesinnung durchzogen. 40 Teilnehmer der Versammlung meldeten sich zum Beitritt. Der Grundstein ist nun gelegt, jetzt gilt es, alle Republikaner für den Bund zu gewinnen.

**Kleinmühlingen.** Reichsbanner Schwarzwolgold. Am Sonntagabend wurde die Gründung eines Ortvereins des Reichsbanners Schwarzwolgold durch Kamerad Hohmeyer vorgenommen. Es war ein voller Erfolg für den republikanischen Geist in unserem Orte. In den Vorstand sind gewählt die Kameraden Wilhelm Künst, Max Ströbach, Franz Kubbe, Otto Bauer, Karl Haase. Gleichzeitig wurde sofort die Jugendabteilung ausgestellt. An die noch schließenden Republikaner in unserem Orte richten wir das Eruchen, ihre Anmeldung sofort zu vollziehen.

**Schönebeck.** Aus Liebeskummer erhängte sich ein 19jähriger junger Mann in seinem Zimmer. — Ein feueres Liebesverhältnis veranlaßte den 27jährigen Gustav F. drei Einbrüchelösichkeiten auszuführen, um sich das nötige Geld zu verschaffen, da er arbeitslos war. In Sangerhausen wurde er von der Polizei festgenommen.

**Schönebeck.** Der Bund der republikanischen Frontsoldaten hielt seine erste gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Eine umfassende Werbaktivität hat die Mitgliederzahl nahezu verdoppelt. Kamerad Hartung hielt einen instruktiven Vortrag über die Weimarer Verfassung. Seine Ausführungen klangen aus in der Forderung, die Republik und ihre Errichtung gegen alle umstürzenden Angriffe zu verteidigen. Eine interessante Note rief die Anregung eines Kameraden hervor, jeder Anwesende sollte in kurzen Sätzen schriftlich niederschlagen, warum er Republikaner sei. Die Verleugnung der Antworten geschah unter gespannter Aufmerksamkeit. Werzeugungstreue klang aus allen Befürwortern, ein Beweis, daß der demokratisch-republikanische Gedanke unseres Mitgliedern in Fleisch und Blut übergegangen ist. Eine lebhafte Debatte entwickelte sich über die Reichsbanner Schwarzwolgold. Einig waren alle damit, unter diesen Sätzen dem großen deutschen Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen. Der Vorsitzende

## Staatsanwalt Jordan.

Roman von Hans Zisch.

(G. Fortsetzung.)

„Es gefiel ihm so unerträglich weß, daß sie das jetzt so hätte und weitergebracht.“ „Du hast das für Anna, Herta, weil Du eben noch immer mich magst, in welcher Größe und in welcher Weise ist Dir beide.“ „Daran willst Du mich nur freie und noch besser machen?“ „Sie sagte das im Zuge ihrer Verabschiedung. Ihr Sohn kann ihr nur auf ihren Wunsch hören.“ „Ihr Sohn ist jetzt mit der Söhne.“

„Sie haben mich gemacht.“ „Sie kann nicht mehr arbeiten. Sie ist zu jung.“ „Deshalb ist sie doch dem Hause weggegangen! Aber kommt sie mir zurück! Sie kann nicht mehr arbeiten.“ „Sie kann nicht mehr arbeiten.“ „Sie kann nicht mehr arbeiten.“

„Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“ „Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“ „Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“ „Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“

„Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“ „Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“ „Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“ „Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“

„Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“ „Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“ „Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“

„Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“ „Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“ „Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“

„Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“ „Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“

„Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“ „Sie ist mit mir nicht mehr zusammen.“

„Sie geht gegen meine Mutter — damals in Roabit — brüllte ich vor dem Kasten.“

Die Wer auf seiner Seite sprang drohend an. Er hiß die Faust zusammen und schüttete seinen Saft hinunter. Mit gesenkter Stimme und erhobenem Zeigefinger sagte er jetzt, es kann jetzt geschehen:

„So lange ich Dich daran: Bill! Du mit mir ziehen oder willst Du nicht?“

„Ich will nicht, Jordan.“

Die Erne riefen ihm lächelnd heran.

„Dann,“ legte er los, „Dann wird mir also vollkommen unterschieden gelingen.“

„Warum denn, Bill? Weißt du? Du gefällst mir.“ „So gehe ich Dir.“ „Weißt du nicht in Zukunft bleiben?“ „Du hast mir nichts zu mir gesagt.“ „Du. Das weißt Du.“ „Wir müssen uns doch trennen, ohne das Du gleich Dein ganzes Herz in die Luft prengst, einen entsetzlichen Stand in ganz Berlin heraufziehst, aus dem keine Hoffnung und keine Freude verläuft, Du — Du ganz dummes Kind.“

Er wollte lachen. Lachen über ihre drallige Moralpanke, obgleich ihm eben genug war.

„Du weniger Angestellten bitte sie ihm sein ganzes glänzendes Zukunftspotenzial in Erinnerung.“

„Sie hat mich nicht so sehr erzählt.“ „Du Gründe gefügt aus der Zukunft fragst, und der bisher alte Gnade seiner jungen Liebe mit dem Kopfe durch die Wand gehen wollte.“

„Sie kann mich nicht mehr als jenen jungen Jungen, jenen Schüler und Studenten. Sie gehörte mir, sie war meine Tochter.“ „Sie kann mich nicht mehr als jenen jungen Jungen, jenen Schüler und Studenten.“

„Sie kann mich nicht mehr als jenen jungen Jungen, jenen Schüler und Studenten.“ „Sie kann mich nicht mehr als jenen jungen Jungen, jenen Schüler und Studenten.“

„Sie kann mich nicht mehr als jenen jungen Jungen, jenen Schüler und Studenten.“ „Sie kann mich nicht mehr als jenen jungen Jungen, jenen Schüler und Studenten.“

„Sie kann mich nicht mehr als jenen jungen Jungen, jenen Schüler und Studenten.“ „Sie kann mich nicht mehr als jenen jungen Jungen, jenen Schüler und Studenten.“

„Sie kann mich nicht mehr als jenen jungen Jungen, jenen Schüler und Studenten.“ „Sie kann mich nicht mehr als jenen jungen Jungen, jenen Schüler und Studenten.“

„Sie kann mich nicht mehr als jenen jungen Jungen, jenen Schüler und Studenten.“

„Sie lachte. „Ganz einfach: Vom Burnp.“

„Was heißt das?“

„Na, gestern morgen habe ich einen großen Marquisring mit zwanzig Brillanten zu Weitem gekauft.“

„Wer ist denn das?“

„Na die Pauline. Von dem sechshundert Mark sind zweihundert schon futsch — zweihundert friegt die Grabert — und Schmid had ich noch pfundweire.“

„Gib mir den Pfandweire.“

„Rachter.“

„Schön! Also ich weiß Dir bei der Filiale der Nationalbank Dir gegenüber monatlich tausend Mark an.“

„Nobel. Da hätten wir ja gleich 'ne Eiſtaz.“

„Ja — aber nun habe ich eine Bitte.“

„Aha! Die Gegenleistung. Schieben Sie los, Jordan.“

„Du mußt hier raus, hier aus dieser Worte — fort von dem jüngsten Weibe hier . . .“

„Siehe heute als morgen, Jordan.“

„Aber wohin, Herta?“



